

V-16 Demokratiebildung an Schulen stärken – Eine mündige Gesellschaft braucht politische Bildung

Antragsteller*in: Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 Konkurrenz, Leistungsdruck, Tests bis zum Abwinken, Entscheidungen über die Köpfe
2 von
3 Kindern hinweg: Schule kann manchmal sehr frustrieren. Dabei ist das Ziel von
4 Schule in
5 unserem Schulgesetz klar definiert:

6 *Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind,*
7 *der Ideologie*
8 *des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden*
9 *politischen*
10 *Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und*
11 *gesellschaftliche Leben*
12 *auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der*
13 *Menschenwürde, der*
14 *Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu*
15 *gestalten. (§*
16 *1 Auftrag der Schule)*

17 Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren unsere demokratischen Strukturen noch
18 nie so
19 stark von demokratiefeindlichen Kräften bedroht wie heute. Es ist daher besonders
20 in dieser
21 Situation essenziell, dass Politik die Rahmenbedingungen schafft, damit das Ziel
22 unserer
23 Schule auch erreicht wird. Für eine starke Demokratiebildung in Berlin brauchen
24 wir deshalb
25 folgende fünf Bausteine:

26 **1. Demokratiebildung entfristen: Demokratieförderung nicht von Haushaltslage abhängig machen**

16 Träger der Demokratiebildung begleiten Schüler*innenvertretungen, bringen
17 Demokratiebildung
18 in den Klassenraum, fördern die Selbstwirksamkeit von Schüler*innen und
19 unterstützen Schulen
20 fachlich bei Themen wie Diskriminierung, Antisemitismus oder Rassismus. So können
21 auch an
22 Schulen notwendige Dialog-Räume für sensible Themen wie den Krieg in der Ukraine
23 oder den
Israel-Palästina-Konflikt geschaffen werden. Gerade nach dem 7. Oktober 2023 ist
diese
professionelle Begleitung von Schulen wichtiger denn je. Trotzdem werden Träger
der
Demokratiebildung aktuell nur als Zuwendungsempfänger*innen im Berliner Haushalt
geführt und
sind daher alle zwei Jahre von Kürzung oder kompletter Streichung bedroht.

24 Wir müssen deshalb endlich mit einer institutionellen Förderung die Verstetigung
25 der
26 Förderung von Demokratiebildungsträgern erreichen. Demokratiebildung ist kein
27 Projekt von
28 zwei Jahren, sondern braucht langfristig angelegte Strukturen, Beziehungsaufbau
29 und
30 Supervision. Für die Daueraufgabe Demokratiebildung braucht es auch Dauermittel.
31 Die
32 Gesamtstrategie der Bildungsverwaltung für politische Bildung an Berliner Schulen
33 bietet
eine gute fachliche Grundlage und stellt wichtige Instrumente zusammen.
Allerdings ist für
ihre Umsetzung kein Geld vorgesehen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen
Lage an
Berliner Schulen und in außerschulischen Begegnungsorten reicht die derzeitige
Finanzierung
für eine qualitativ nachhaltige Arbeit in der ganzen Stadt nicht aus. Dafür
brauchen wir
auch auf Landesebene endlich ein Demokratiefördergesetz.

34 **2. Demokratiebildung in Rahmenlehrplänen und Fortbildungen stärken**

35 Demokratiebildung gehört fest in den Rahmenlehrplänen verankert, um Jugendlichen
36 die
37 kritische Auseinandersetzung mit Machtungleichgewichten und diskriminierenden
38 Strukturen zu
39 ermöglichen. Dazu gehört die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und
40 die
41 Überprüfung von Lehrinhalten auf diskriminierende Stereotype und
42 Marginalisierungen. Themen

43 wie Antidiskriminierung, (De-)Kolonisierung, Rassismus und Antisemitismus müssen
44 fächerübergreifend und verpflichtend in den Unterricht integriert werden.
Schüler*innen
sollen frühzeitig für soziale Ungleichheiten und damit verbundene Privilegien
sensibilisiert werden. Ziel ist es, diskriminierende Stereotype und
eurozentrische
Geschichtsnarrative aufzubrechen und das Wissen unterdrückter Gruppen in den
Bildungsalltag
zu integrieren.

45 Antidiskriminierung und Demokratie sind jedoch nicht allein
46 Unterrichtsgegenstände, sondern
47 müssen in den Schulen gelebt werden. Für eine gelingende Demokratiebildung
48 brauchen wir
49 daher dringend eine diskriminierungskritische Professionalisierung von
50 Lehrkräften durch
51 entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote im Rahmen des neuen Berliner
52 Landesinstituts. Wir wollen Lehrkräfte befähigen, auf Hassbotschaften und
diskriminierendes
Verhalten im Unterricht angemessen zu reagieren. Hierzu sind niedrigschwellige
Fortbildungsangebote auch im Bereich der Medienkompetenz und die Bereitstellung
von
diskriminierungskritischen Lehrmaterialien unerlässlich.

53 **3. Bildungserfolg breiter fassen: Demokratiebildung in die Schulsteuerung**

54 Ein zentrales Ziel der Berliner Schule ist, Persönlichkeiten herauszubilden, die
55 in der Lage
56 sind, dem Nationalsozialismus entgegenzutreten. Trotzdem wissen wir viel zu wenig
57 darüber,
58 ob unsere Schulen dieses Ziel überhaupt erreichen. Deshalb werden wir Ressourcen
59 zur
60 Verfügung stellen, damit zukünftig nicht nur die mathematischen und sprachlichen
61 Kompetenzen
62 der Berliner Schüler*innen, sondern auch ihre Demokratiekompetenzen regelmäßig
63 erhoben
64 werden. So können auch diese Bildungsziele untersucht und mittels Unterstützung
65 durch die
66 Schulaufsicht adressiert werden. Klar ist dabei aber auch: Demokratie ist nicht
67 nur ein
Bildungsthema, sondern muss auch in der Schule praktiziert werden. Wir brauchen
daher nicht
nur Informationen über Demokratiekompetenzen, sondern auch ein Monitoring über
den Status
quo von Demokratie und Beteiligungsstrukturen an Schule: Wo gibt es Klassenräte,
wie gut

funktioniert Schüler*innenvertretung, erfolgt Feedback zwischen Schüler*innen und Pädagog*innen in beide Richtungen und wie ist das Schulklima? Auf dieser Datengrundlage müssen wir dann über die Schulaufsichten Unterstützung an die Schulen bringen, die sie besonders benötigen.

68 **4. Wer was verändert, glaubt an Veränderung: Beteiligung, aber richtig!**

69 Essenziell für Demokratie ist ein respektvolles Miteinander auf Augenhöhe und
70 echte
71 Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Wenn Kinder frühzeitig
72 erfahren,
73 dass ihre Stimme zählt, sind sie weniger empfänglich für autokratische
74 Strukturen. Deshalb
75 brauchen wir Mitbestimmung nicht erst ab 16 oder 18: Mit dem Klassenrat, der
76 Schüler*innenvertretung und dem Schüler*innenhaushalt haben wir gute Strukturen,
77 die aber an
78 zu vielen Schulen entweder noch gar nicht etabliert sind oder stärker unterstützt
werden
müssen. Gerade an vielen Grundschulen wird Beteiligung bisher noch nicht groß
geschrieben,
auch schulgesetzlich braucht die SV hier mehr Rückhalt. Als Grüne fordern wir
einen
Schüler*innenhaushalt, ein Klima der Beteiligung und eine gute Begleitung durch
entfristete
Fachkräfte an jeder Schule.

79 Auf bezirklicher Ebene braucht es Standards für die pädagogische Begleitung und
80 fachliche
81 Ausstattung der Bezirksschüler*innenausschüsse, in die künftig auch
82 Grundschüler*innen
83 einbezogen sein sollen. Auch für den Unterricht selbst gilt: Lernende müssen
84 stärker in die
85 Entscheidungen über ihre Bildungsinhalte einbezogen werden. Auch außerhalb von
86 Schule
87 brauchen Jugendliche und Kinder Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb unterstützen
wir die
Initiativen in vielen Bezirken, Interessensvertretungen von Kindern und
Jugendlichen
aufzubauen und werden sie finanziell unterstützen. Außerschulisches
ehrenamtliches
Engagement von jungen Menschen wollen wir stärken und durch Anerkennung,
Freistellung und
unterrichtliche Anbindung besser mit Schule vereinbaren.

88 **5. Eine starke Landeszentrale für politische Bildung**

89 Unzählige Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern verlassen sich auf die guten
90 Materialien der
91 Landeszentrale für politische Bildung, besuchen ihre Veranstaltungen oder
92 profitieren von
93 Ihrer Expertise im Bereich der Demokratiebildung. Trotzdem will die CDU-geführte
94 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die rechtlich verankerte
95 Unabhängigkeit der
96 Landeszentrale für politische Bildung nun durch eine politisch besetzte
97 Stabsstelle massiv
98 beschneiden. So soll die Stabsstelle der Landeszentrale inhaltliche Vorgaben für
99 ihre Arbeit
100 machen, die veröffentlichten Materialien der Landeszentrale kontrollieren und
101 sämtliche
102 Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen kontrollieren. Diese
103 politische
104 Einflussnahme steht im starken Spannungsverhältnis mit der im
105 Erwachsenenbildungsgesetz
106 festgeschriebenen Überparteilichkeit der Landeszentrale und stellt auch die
fachlichen
Grundlagen der politischen Bildung, wie sie nach dem Nationalsozialismus über
Jahrzehnte
demokratischer Konsens waren, in Frage. Als Grüne stehen wir klar an der Seite
einer
unabhängigen Landeszentrale für politische Bildung und werden sie weiter stärken.
Dafür war
der von uns mit auf den Weg gebrachte zweite Standort der Landeszentrale ein
erster Schritt,
um die Öffnung in die Stadtgesellschaft zu stärken und weitere Themenschwerpunkte
zu
ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einrichtung einer
Koordinierungsstelle
außerschulische politische Bildung und Schule sowie der Ausbau aufsuchender
politischer
Bildungsangebote.

107 Besonders für den Bereich der Erwachsenen- und außerschulischen Bildung braucht
108 es noch mehr
109 Materialien, Bildungsangebote und Konzepte, um auch die Menschen zu erreichen,
110 die nicht
mehr zur Schule gehen. Dafür sind insbesondere der öffentliche sowie der digitale
Raum von
großer Bedeutung.

Unterstützer*innen

Meike Paula Berg (KV Berlin-Neukölln), Manuel Honisch (KV Berlin-Kreisfrei), Louis Krüger (KV Berlin-Pankow), Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Markus Schopp (KV Berlin-Mitte), Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Kristin Kosche (KV Berlin-Mitte), Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Berlin), Florian Schmidt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Tilo Pätzolt (KV Berlin-Kreisfrei), Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei), Olga Koterewa (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Teresa Krause (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tilmann Kern (KV Berlin-Lichtenberg), Marit Schatzmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Jan Schönrock (KV Berlin-Kreisfrei), Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau), Christoph Husemann (LV Berlin), Silvia Rothmund (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Meike von Appen (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jonas Jubitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Lea Rajewski (KV Berlin-Mitte), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Michael Heinke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Simon Cames (KV Berlin-Pankow), Malte Spielmann (KV Berlin-Neukölln), Mirjam Michel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Sabine Ponath (KV Berlin-Pankow), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Daniela Wannemacher (KV Berlin-Neukölln), Lisa Karoline Ruppel (KV Berlin-Neukölln), Werner Heck (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Antonia Tretter (KV Berlin-Neukölln), Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln), Tilmann Schade (KV Berlin-Pankow), Christina Hilmer-Benedict (KV Berlin-Neukölln), Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Susann Worschech (KV Berlin-Neukölln), Milan Bachmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tom Kipp (KV Berlin-Neukölln), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Fabian Schlecht (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Catherine Müller-Wenk (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Peter Gunkel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Frank Schubert (KV Berlin-Pankow), Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), André Schulze (KV Berlin-Neukölln), Jochen Jürgensen (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Jens Augner (KV Berlin-Reinickendorf), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Freya Engel (KV Berlin-Neukölln), Alexander Czempas (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Charlotte Steinmetz (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Anne Albers (KV Berlin-Kreisfrei), Lena Möller (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Henning van Ackeren (KV Berlin-Pankow), Katja Borchert (KV

Berlin-Pankow), Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), Oliver Timm (KV Berlin-Neukölln), Philipp Evenburg (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)